

Hat das Budget bald ein Ende?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Findungsprozess der potenziellen Koalitionspartner einer neuen Bundesregierung wird allmählich zur Qual. Mit Blick auf die Streitpunkte muss man sich fragen, ob dieses Land keine anderen Sorgen hat.

Dabei wurde in den Sondierungsgesprächen zwischen Union und SPD eine ganze Reihe von programmatischen Gräben mit Geld zugeschüttet. Noch mehr Geld wird erforderlich, wenn die SPD – wie auf ihrem Parteitag unter Schmerzen beschlossen – in Koalitionsverhandlungen einsteigt. Weil beide Partner unter Zugzwang stehen, sind teure Kompromisse zu befürchten. Dazu passt, dass der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, den Genossen beim Thema Krankenversicherung entgegenkommen will und ein höheres Honorar für GKV-Patienten ins Gespräch bringt. Damit übernimmt er eine klassische Forderung der Zahnärzteschaft: mehr Geld ins System.

Man darf gespannt sein, wie das finanziert werden soll – durch höhere Versicherungsbeiträge und/oder höhere Steuerzuschüsse an den Gesundheitsfonds? Mit Blick auf das Gesundheitssystem betont Christoph Schmidt, Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, in einem Beitrag für die Wirtschaftswoche: „Wer das Nebeneinander von privaten und gesetzlichen Krankenkassen beenden will, sollte statt über eine Bürgerversicherung lieber über das Modell einer vom Einkommen unabhängigen Gesundheitsprämie mit Sozialausgleich nachdenken.“ Dieses Prämienmodell hat die Union 2003 auf ihrem Leipziger Parteitag als programmatischen Leitsatz beschlossen. Davon ist nichts mehr übrig geblieben. Mehr und mehr transferiert die Politik den Gerechtigkeitsgedanken in die Sozialversicherung. Das kann auf Dauer nicht funktionieren. In einem Umlagesystem kann nur das ausgegeben werden, was eingenommen wird. Den Rest muss „Vater Staat“ durch Steuerzuwendungen besorgen. Diese Rechnung wird aber nicht aufgehen, weil die junge Generation Steuer- und Soziallasten nicht mehr stemmen kann.



Christian Berger
Präsident der Bayerischen
Landeszahnärztekammer

Und dann? Kein Wort dazu in den bisherigen Verhandlungsergebnissen. Stattdessen Sozialromantik und eine vermeintliche Gerechtigkeitslücke, die mit der Realität nur wenig zu tun hat. Schon heute werden zahnärztliche Leistungen für gesetzlich Krankenversicherte höher bewertet als in der GOZ, deren Punktwert seit drei Jahrzehnten unverändert ist. Dennoch lässt sich ein SPD-Parteitag von der Polemik einer Andrea Nahles begeistern, sie könne nicht verstehen, weshalb der Privatversicherte das 2,5-fache Honorar auslöse. Solange unsere Spitzenpolitiker beim Thema Gerechtigkeit mit solchen Plattitüden argumentieren, fragt man sich wirklich: Haben wir keine anderen Sorgen?

Was ist mit Innovationen? Was ist mit Freiberuflichkeit und Selbstständigkeit? Wollen wir künftig eine MVZ-Struktur im Gesundheitssystem, die von Kapitalgebern und Anlagespezialisten gesteuert wird? Wie viel Bürokratie will man den Leistungsträgern noch zumuten? Antworten werden sich im neuen Koalitionsvertrag wohl nicht finden. Stattdessen eine Fülle neuer Sozialleistungen, finanziert durch den Steuerzahler, dem künftig gerade einmal zehn Milliarden Euro an Beiträgen für den Solidaritätszuschlag erspart bleiben sollen. Gemessen an den Steuermehreinnahmen ist das nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. So findet Zukunft nicht statt!

Ihr